

„Leerer Bauch studiert nicht gern – soziale Verbesserungen sofort!“

Redebeiträge bei der Demonstration zur sozialen Lage der Studierenden
vom 30.6.2023 in Hamburg



Inhalt

Lilia Parchwitz, Fachschaftsrat Soziale Arbeit (HAW Hamburg).....	1
Andrea Bettels & Kerstin Fremder-Sauerbeck, Ver.di-Betriebsgruppe (HAW Hamburg)	4
Timo Hilker, Fachschaftsrätekonferenz (HAW Hamburg)	6
Lars André Kaufmann, Fachschaftsrat Sozialwissenschaften (Uni Hamburg).....	7
Florian Muhl, Wissenschaftlicher Personalrat Uni Hamburg	10
Simon Kuseng, Student der Geografie (Uni Hamburg)	13
Leonie Corinth, FSR Gesundheitswissenschaften (HAW Hamburg).....	14
Tom Seiler, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG	16
Joachim Schaller, Rechtsanwalt der Studierendenschaft der Uni Hamburg.....	17
Lucas Ferreira Ribeiro & Justin Jörke, Referat für internationale Studierende der UHH.....	20
Thomas Thielemann, 1968 in der Studierendenbewegung	23
Brief aus der Vertreterversammlung des Hamburger Studierendenwerks an den Senat.....	26
Marie Panten & Thea Beyrich, Heimrätekonferenz des Hamburger Studierendenwerks	28
Ver.di-Betriebsgruppe des Hamburger Studierendenwerks	31
Elias Gläsner, Kampagne International solidarisch: Schluss mit Austerität!.....	32

Lilia Parchwitz, Fachschaftsrat Soziale Arbeit (HAW Hamburg)



Foto: Helen Vogel

Hallo alle miteinander,

ich bin Lilia Parchwitz, Studentin der Sozialen Arbeit und Mitglied des Fachschaftsrates.

Ich will auf die potentielle Bedeutung von Wissenschaft und Studium für die gesellschaftliche Entwicklung eingehen und verdeutlichen, wie sehr die aktuell katastrophale soziale Lage von Studierenden dem entgegensteht.

Grundsätzlich sind Wissenschaft, Forschung und Lehre richtungsweisend für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme und Fragestellungen. Angesichts der zunehmenden sozialen, politischen und internationalen Konflikte, wachsen auch die gesellschaftlichen Ansprüche an Bildung und Wissenschaft, durch fundierte Erkenntnisse und deren Verbreitung an ihrer zivilen und nachhaltigen Lösung substantziell mitzuwirken. Die aktuellen Krisen: Klimakrise, Krieg und wachsende soziale Ungleichheit machen dies umso notwendiger. In diesem Sinne ist Studieren auch kein Privileg, das nur wenigen vergönnt sein sollte, sondern produktive Tätigkeit zur gesellschaftlichen Wohlfühlentwicklung und (ganz nebenbei) ein Menschenrecht.

Dem entgegen stehen die jahrelange Unterfinanzierung der Hochschulen und die prekären Beschäftigungs- und Studienbedingungen.

Von den prekären Studienbedingungen können wir wohl alle ein Lied singen. Jedoch will ich die eigenen Erfahrungen kurz mit ein paar Zahlen untermauern:

Eine Umfrage unter Studierenden der Uni Hamburg hat kürzlich ergeben, dass über 2/3 der Befragten von Armut betroffen sind. Außerdem gaben 40% an, unerwartete größere Ausgaben nicht tätigen zu können. Das heißt wenn dir die Waschmaschine oder das Notebook kaputt geht, bist du am Arsch. Ich finde, die Zahlen machen deutlich wie krass sich die Armut unter Studierenden, stark verschärft durch Inflation, zugespitzt hat.

Wie aber soll man sich aber auf sein Studium konzentrieren oder sich souverän und kritisch in den wissenschaftlichen Diskurs werfen, wenn im Hinterkopf die ganze Zeit die Frage

spukt, wie man seine Miete zahlen soll? Wenn der Magen knurrt? Wenn ich nebenbei arbeiten muss und zu wenig Zeit fürs Studium, für das Seminar und die Diskussion habe? Wie kann (da noch) gute und nachhaltige Bildung gelingen?

Was aber ist gute Bildung an einer Hochschule? Gute Bildung ist in diesem Sinne mehr als die Ausbildung für einzelne Berufsfelder. Gute (Hochschul-)Bildung beinhaltet die Möglichkeit sich interdisziplinär über den eigenen Studiengang hinaus mit Kommiliton:innen und Lehrenden über die drängenden Fragen unserer Zeit auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu ersinnen, zu erforschen und zu diskutieren. Wie wollen wir aus den Wissenschaften heraus der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich begegnen? Welche Lösungsansätze haben wir zur Bewältigung der Klimakrise? Und ganz aktuell: Welche Möglichkeiten der zivilen Intervention sehen wir für den Russland-Ukraine-Krieg? Alle diese Fragen geben Hinweis darauf, worum es im Studium viel mehr gehen sollte und eröffnen gleichzeitig eine erfreuliche, weil sinnstiftende, Perspektive für Alle.

Wie anfangs angekündigt studiere ich Soziale Arbeit. Armut ist hier ein zentrales Thema im Studium. Meistens lernen wir, dass diese ein strukturelles Problem darstellt. Was wiederum deutlich macht, dass Armut im Allgemeinen und auch die von uns Studierenden nicht selbstverschuldet ist. Sondern im Gegenteil: Armut ist immer das Ergebnis von der ungerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Gleichzeitig scheint es immer noch schwierig zu sein, die eigene Armut zuzugeben oder öffentlich zum Thema zu machen, weil das ja peinlich wäre. Daran ist jedoch nichts Peinliches. Arm zu sein ist keine Schande, eine Schande ist eine Politik die wachsende Armut zulässt und gute Bildung im Sinne der Allgemeinheit verunmöglicht.

Gute Bildung setzt gute soziale Bedingungen voraus. Wir alle wollen uns dem Studium frei von Existenzängsten widmen können. Deswegen streiten wir heute für:

1. Ein sozial ermäßigtes 19€-Ticket – auch für Studierende
2. Die bedarfsgerechte Finanzierung des Studierendenwerks und
3. eine Reform des BAföG, das allen Studierenden ein Studium im Sinne der Bildungsgerechtigkeit möglich macht.

1. – Mobilität bedeutet Teilhabe. Gleichzeitig ist die Verkehrswende ein zentraler Bestandteil ökologisch nachhaltiger Entwicklung – und ein kostenfreier ÖPNV in öffentlicher Hand ein guter Schritt dahin. Deswegen fordern wir das 49€-Ticket umgehend in ein auch für Studierende sozial ermäßigtes 19€-Ticket umzuwandeln, wie es für Schüler:innen und Auszubildende teilweise schon möglich ist.

2. – Das Studierendenwerk trägt insbesondere durch bezahlbare Wohnmöglichkeiten, ein reichhaltiges, günstiges Essensangebot sowie finanzielle und psychologische Unterstützung dazu bei, die soziale Bedingungen von Studierenden zu verbessern. Dies ist in Zeiten von Inflation und massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten umso wichtiger.

Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die unzureichende staatliche Finanzierung des Studierendenwerks. Das Hamburger Studierendenwerk wird mit weniger als 2 Mio. EUR bezuschusst und liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt. In Folge der jahrelangen Sparmaßnahmen wurde der finanzielle Beitrag der Studierenden von 25 EUR pro Person und Semester im Wintersemester 2004 auf heute 85 EUR pro Semester mehr als verdreifacht. Im

Herbst konnte eine weitere geplante Erhöhung der Beiträge um 25€ auf Grund erfolgreicher Proteste, Diskussion in der Vertreterversammlung und medialer Aufmerksamkeit abgewendet werden. Doch das reicht uns nicht, wir fordern eine bedarfsgerechte öffentliche Finanzierung des Studierendenwerks um langfristig die Beiträge, die Mieten in den Wohnheimen und die Preise in den Mensen zu senken!

3. – Vor 50 Jahren wurde das BAföG eingeführt, damit im (bis dahin) elitären deutschen Hochschulsystem auch Menschen mit geringem Einkommen ihr Menschenrecht auf Bildung (Art. 26 Allg. Erklärung d. Menschenrechte von 1948) realisieren können. Von diesem Ziel hat sich die Förderung in jüngster Vergangenheit trotz vermeintlicher Verbesserungen jedoch zunehmend entfernt. Bundesweit erhalten unter 14% aller Studierenden BAföG. Die Gründe dafür sind die lebens- und studienfernen Bedingungen wie z.B. die Kopplung der Förderung an die sogenannte Regelstudienzeit, die Staatsangehörigkeit, das Einkommen der Eltern und die Tatsache, dass viele Studierende aus Angst vor Verschuldung ihre Ansprüche gar nicht erst gültig machen.

Nicht nur, dass viel zu wenige Studierende überhaupt Anspruch auf BAföG haben, auch der BAföG-Höchstsatz von 934€ pro Monat geht klar an den realen Bedarfen vorbei. Allein die einheitliche Wohnkostenpauschale von 360€/Monat macht deutlich, warum die BAföG-Sätze in Studierendenstädten wie Hamburg nicht zum Leben ausreichen.

Deswegen fordern wir eine wirkliche BAföG-Reform hin zu einem eltern- und alters- und herkunftsunabhängigem BAföG in bedarfsgerechter Höhe als Vollzuschuss! Nur so kann der freie Zugang zu Bildung und ein sorgenarmes Studium garantiert werden - und damit die Möglichkeit auf ein Studium in gesellschaftlicher Verantwortung!

In diesem Sinne freue ich mich heute gemeinsam laut zu werden.

Andrea Bettels & Kerstin Fremder-Sauerbeck, Ver.di-Betriebsgruppe (HAW Hamburg)

Liebe Studierende, liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Personalrat der HAW Hamburg begrüßt ausdrücklich die Aktivitäten für eine Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden und unterstützt die genannten Forderungen umfassend. Es ist nicht hinzunehmen, dass eine Gruppe der in der Wissenschaft tätigen Menschen prekär oder gar in Armut lebt.

Gemeinsam sind wir – die Beschäftigten und die Studierenden – das Herz der Hochschulen. Die Hochschulen sollen Orte sein für emanzipatorische Wissenschaft, sie sollen zur Lösung der drängenden Probleme beitragen. Nachhaltige Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft entwickeln - diesem Anspruch fühlen wir uns an der HAW Hamburg verpflichtet - die Studierenden und die Beschäftigten.

Einig sind wir uns auch darin, was für diese Wissenschaft gebraucht wird: Neben bedarfsgerecht ausfinanzierten Hochschulen braucht es dafür auch gute Lebens- und

Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Eure und unsere Forderungen resultieren aus derselben Notwendigkeit, aus derselben Erkenntnis. Es darf nicht sein, dass Qualität von Lehre, Beratung oder Angebote des Studierendenwerks leiden, weil es keine auskömmliche Finanzierung gibt. Es darf nicht sein, dass Studierende so viel neben dem Studium arbeiten müssen, dass sie nicht genug Zeit für das Studium haben oder gar Zeit dafür, sich zu engagieren, fürs Ehrenamt, für Sorgearbeit oder die eigene Gesundheit.

Die Sorge, angesichts der Inflation die Lebenshaltungskosten weiterhin stemmen zu können, um berufliche Perspektiven in der Wissenschaft, Arbeitsdruck und Hetze – sind auch Thema der Beschäftigten. Und wir leiden, wenn die Studierenden abgehetzt und sorgenvoll studieren müssen. Ihr leidet, wenn ihr Auswirkungen von Überlastung und Unterbesetzung bei den Beschäftigten



Foto: Jamil Jalla

wahrnimmt. Deswegen stehen wir in diesem Kampf an Eurer Seite, so wie Ihr auch oft genug an unserer Seite steht. Es ist gut, wenn wir uns in diesen Fragen zusammentun und gemeinsam für würdevolle Arbeits-, Lebens- und Studienbedingungen eintreten.

Unsere Kämpfe werden von denselben Bedürfnissen und aus unserer gemeinsamen Verortung an der Hochschule getragen.

Das gilt für die Auseinandersetzung um die soziale Lage der Studierenden genauso wie bei Aktivitäten gegen die Unterfinanzierung der Hochschulen, den Tarifausschreitungen im kommenden Herbst, dem Kampf um einen studentischen Tarifvertrag und Kämpfen

gegen Kettenbefristungen und für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Lasst uns gemeinsam kraftvoll Seite an Seite in diese Auseinandersetzungen gehen!



Foto: Jamil Jalla

Aus den Wissenschaften verstehen wir die Verhältnisse unter uns und zur Umwelt und gestalten unsere Bedingungen für ein auskömmliches und entwicklungsfreudiges Zusammenleben. Das ist unser Beitrag dazu, dass wir heute genug Reichtum haben, damit alle genug essen könnten, freien Zugang zu Bildung haben und gemeinsam die Kultur gestalten könnten.

Spezifisch aus den Sozialwissenschaften haben wir in dieser Lage die Möglichkeit, zu fragen: Warum müssen Menschen hungern, warum sind wir mit so vielen in Armut, wenn es doch genug materielle Grundlagen für alle gibt? Warum bestimmen wir noch nicht darüber, wem unsere Forschung, unsere Arbeit zugutekommt?

Wir müssen Teil einer menschenfreundlichen Alternative sein und diese Verhältnisse überwinden.

Wir studieren allerdings in einem Wissenschaftssystem, in dem unserer Arbeit für ein menschenwürdiges Zusammenleben gegeneinander ausgespielt werden soll, durch Selektion mit Notenkonkurrenz statt kooperativer Forschung, Bulimie-Lernen statt einem vertieftem Studium und prekären Arbeitsverhältnissen, die statt demokratische Gestaltung zur Überwindung der Krise Unterordnung unter den Ansagen der Arbeitgeber oder Drittmittelgeber nahelegen

Gegen das eigentlich am Allgemeinwohl orientierte Studium und Wissenschaft soll nun statt Friedenswissenschaft Kriegswirtschaft ermöglicht werden und statt sozialer Verbesserung die Legitimation der neoliberalen Ungleichheit. Durch die Konkurrenz natürlich zu den geringstmöglichen Kosten (bis hin zum unbezahlten Praktikum). Wir sind also offenkundig Teil der ausgebeuteten Klasse, die mit sozialer Prekarität und Aufstiegslügen gegeneinander Treten soll und die Arbeit nicht der Allgemeinheit zugutekommen lassen.

Die Dimension der Ausbeutung zeigt unsere aktuelle Studie zur sozialen Lage der Studierenden der Uni Hamburg. 72% von uns leben unterhalb der Armutsgrenze. Eine völlig unangebrachte Ausgangslage, die sich angesichts von Inflation und steigenden Preisen jeden Tag weiter verschärft, wodurch bereits ein Drittel kein Geld für unerwarteten Ausgaben hat, falls mal der Laptop kaputt geht oder man zum Arzt muss und ein Viertel bereits an jedem Monatsende die laufenden Kosten nicht mehr decken kann.

Die notwendigen Lebensgrundlagen werden uns strukturell geraubt und von Regierungsseite soll das am verdeckt und beschwichtigt werden. Eine einmalige Zahlung von 200€ Energiepauschale ist doch wahnwitzig angesichts der steigenden Energiekosten unter den Studierenden von durchschnittlich 54 Euro im Monat. Damit machen die Energiekonzerne bereits im ersten Quartal neue Rekordgewinne von 40 Milliarden Euro mit unserem Elend.

Unsere soziale Lage soll Bescheidenheit und Armut natürlich machen, etwas worüber man nicht spricht oder das man halt aushalten muss. Zurückhaltung und Anpassung wird geboten. Es wird erzählt, man könne sich durch individuelle Leistung aus der Prekarität befreien.

So werden wir mit Zeitdruck im Studium für ein paar Groschen vom BAföG-Amt oder durch das Tauschgeschäft mit den Eltern – Leistung gegen Unterstützung – dazu verleitet, nicht aus der elendigen Reihe zu tanzen.

Im Kinderzimmer bei den Eltern fällt uns täglich die Decke auf den Kopf, überall anders die Preise und Wartezeiten. Die Erzählung wir seien privilegiert, etwas anderes und übergeordnet den Azubis und Kollegen in den Betrieben und hätten es nicht nötig, zusammen zu kämpfen, ist die Spitze der Anmaßung.

Wir sollen also mit Konkurrenz und Spaltung, verstärkt durch die Vereinzelung und Eindämmung davon abgehalten werden zu erkennen, dass eine menschenwürdige Gesellschaft durch uns realisierbar ist;

Und wir sollen davon abgehalten werden zu erkennen, dass wir mit unserer Arbeit jetzt diese Realität schaffen, wir Studierende mit Azubis, mit den Wissenschaftlichen Mitarbeitern an den Universitäten und den Kollegen in den Betrieben, als Fachschaftsräte, die gewerkschaftliche Organisation der Studierenden, mit allen Gewerkschaften. Mit allen für alle!

Aus Wut über die würdelose Ungleichheit, dass Eon und Beyer, BlackRock und Google, Nestlé und Siemens an unserer Armut, Eindämmung und Elend ihren Billionen-Gewinn schlagen und diese nutzen, um uns und die restlichen 99% der Bevölkerung noch gesteigerter auszubeuten und dafür gegeneinander ausspielen, demonstrieren wir heute zusammen und nehmen die Erkenntnis, dass unsere persönliche soziale Lage eine gemeinsame und eine hergestellte ist, als Ausgangspunkt radikaler Veränderung.

Aus Wut, dass wir von der Realisierung eines menschenwürdigen Lebens abgehalten werden sollen, für den Profit Weniger, ergreifen wir unsere soziale Lage, denn ohne uns gibt es keinen Wohlstand. Mit uns wird die menschenwürdige Alternative realisiert. Als Anstoß und Kampfgrundlage für soziale Verbesserungen für die gesamte Bevölkerung.

Wir, die studentische Bewegung, sind Beginner der Veränderung. Wir können darauf bauen, dass wir die Demokratisierung der Universität, Bafög und Studierendenwohnheime, die Abschaffung der Studierendengebühren und weiteres bereits erkämpft haben.

In dem Bewusstsein, dass mittlerweile noch viel mehr möglich ist, sollten wir nun zusammenkommen, in den FSRen, auf Vollversammlungen und uns die Lage aneignen und verstehen, an jeder Stelle die Kommiliton*innen ansprechen, in Seminaren diskutieren und den Anspruch auf soziale Verbesserung in der Studierendenschaft weiten.

Wir erreichen soziale Verbesserung und die Überwindung der Ausbeutung nur solidarisch und gemeinsam in Verbindung mit allen Arbeitskämpfen. Die 99 Prozent teilen ein gemeinsames Interesse und müssen dafür gemeinsam streiten.

In dem Sinne fordern wir: Bafög für alle, ein 19€-Ticket und die Ausfinanzierung des Studierendenwerks und nehmen das als Ausgangspunkt.

Florian Muhl, Wissenschaftlicher Personalrat Uni Hamburg



Foto: Jamil Jalla

Liebe Kommilitoninnen, Liebe Kommilitonen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schön, dass so viele dem Aufruf zu dieser wichtigen Demonstration gefolgt sind und vielen Dank für die Einladung, hier ein Grußwort für den Personalrat des wissenschaftlichen Personals an der Universität Hamburg, den WIPR, zu halten!

Ich bin wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät Erziehungswissenschaft der Uni Hamburg, bin Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der GEW, und über die Liste „GEW, ver.di & friends“ in den WIPR gewählt worden.

Der WIPR ist die Interessenvertretung der Mitarbeiter:innen, die an der Uni in Lehre und/oder Forschung tätig sind. Er begleitet außerdem hochschul- und wissenschaftspolitische Entwicklungen und bringt auch hier die Anliegen und Interessen der Mitarbeiter:innen ein.

Wir haben uns in unserer Sitzung Mitte Juni mit dem Aufruf zu dieser Demonstration beschäftigt und beschlossen, dass wir die Anliegen, die damit verbunden sind, also soziale Verbesserungen für die Studierenden zu erreichen, unterstützen.

Wir haben im Anschluss auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Uni Hamburg darüber per Newsletter informiert.

Ich bin der Auffassung, dass die Forderungen, die mit dieser Demonstration auf die Straße gebracht werden, auch sehr im Einklang stehen mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN, den „Sustainable Development Goals“ oder SDG, insbesondere mit dem SDG 4, das da lautet „Gleichberechtigter Bildungszugang für alle“. Die Uni Hamburg hat sich als „Universität der Nachhaltigkeit“ das Verfolgen dieser Ziele vorgenommen. Ich meine auch deswegen hat das Anliegen dieser Demonstration die Unterstützung aller Mitglieder der Universität und darüber hinaus verdient!

Der WIPR sendet solidarische Grüße und wünscht gutes Gelingen bei dem Engagement für die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Studierenden an den Hamburger Hochschulen!

Soweit das Grußwort für den WIPR.

Als Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die den Aufruf zu dieser Demonstration ebenfalls unterstützt, möchte ich noch hinzufügen:

Das Engagement für soziale Verbesserungen für die Studierenden steht in direktem Zusammenhang mit dem Engagement für eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Hochschulen und soziale Verbesserungen für die Beschäftigten an den Hochschulen.

Dazu gehört etwa, die prekären Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen (Stichwort Befristung) zurückzudrängen. Dafür engagiert sich die GEW gemeinsam mit Bündnispartnern.

Die GEW unterstützt auch die Forderung nach einem studentischen Tarifvertrag, einem TVStud, wie in Berlin, und wir bereiten uns aktuell auf die Tarifrunde im sogenannten öffentlichen Dienst im Herbst vor. Ich würde mich freuen, viele von euch bei den dazugehörigen Demonstrationen auf der Straße zu sehen!

Aus gewerkschaftlicher Perspektive gilt: Es lohnt sich, die Vereinzelung zu überwinden, sich zu organisieren (z.B. in Fachschaftsräten, Initiativen, Gewerkschaften). Nur organisiert lassen sich – das zeigt ein Blick in die Geschichte – Verbesserungen durchsetzen.

Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren hier in Hamburg nur gelungen, weil über mehrere Semester kontinuierliche Aktivitäten für gebührenfreie Bildung auf die Beine gestellt wurden!

Wenn man etwas weiter in die Geschichte schaut, dann lassen sich da noch eine ganze Reihe weiterer Erfolge ausfindig machen!

Bspw. war das BAföG für Studierende schon einmal als Vollzuschuss ausgestaltet, warum sollte das heute nicht wieder möglich sein?!

Jeder weiß: Geld ist genug da! Es wird aktuell nur vielfach nicht im Interesse der Mehrheit auf diesem Planeten verwendet. Dazu passend möchte ich aus dem Beschluss [„Internationale Solidarität und Zusammenarbeit stärken – gerade jetzt!“](#) zitieren, den der außerordentliche Gewerkschaftstag der GEW im Juni letzten Jahres in Leipzig gefasst hat.

Angesichts der aktuellen globalen Aufrüstungsspirale heißt es darin:

„Statt höherer Ausgaben für immer modernere Waffen fordert die GEW eine internationale Abrüstungsinitiative und die Kontrolle von Waffenexporten. Entsprechend setzt sich die GEW gegenüber der Bundesregierung dafür ein, sich von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen. Die für Rüstungsausgaben eingeplanten Mittel sind für massive Investitionen in Bildung und die Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zu verwenden. [...]

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Wir fordern stattdessen den Aufbau einer nachhaltigen globalen Sicherheitsstruktur und neue Initiativen für Abrüstung und Friedenssicherung. Die Einrichtung eines 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens für die Bundeswehr lehnen wir ab. Da die Bundesregierung gleichzeitig an der Schuldenbremse festhalten will, drohen massive Kürzungen im sozialen, im kulturellen und

im Bildungsbereich. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes. Was wir brauchen, ist ein Sondervermögen für den massiv unterfinanzierten Bildungsbereich!“ (S. 7)

In diesem Sinne: Let's get organized! Lasst uns den Frieden gewinnen und gemeinsam streiten für bessere Studien- und Arbeitsbedingungen!

Ich wünsche uns allen eine gute und erfolgreiche Demonstration!

Simon Kuseng, Student der Geografie (Uni Hamburg)

Gute Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität ist ein großes Thema, weshalb es hier auch als einer der drei zentralen Punkte dieser Kundgebung ist.

Auch auf Nachfrage möchte ich Mobilität als Mittel zu höherer Lebensqualität, als Mittel zu mehr Würde beleuchten:

Mobilität kann in einer solchen Welt kein Privileg sein, vielmehr muss sie allen zugänglich sein.

Eine Gesellschaft mit diesen finanziellen Möglichkeiten kann es sich eigentlich nicht leisten, dass viele Menschen durch mangelnde Mobilitätsmöglichkeiten nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Gerade wo die grundlegenden Bereiche des Lebens immer mehr von guter funktionierender Mobilität abhängig sind, wie z.B. Wohnen, Arbeiten und Freizeit.

Durch schlechten ÖPNV hat das Auto nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert.

Dass Anschluss wichtig ist und kurze Wege eine hohe Lebensqualität, gerade in Städten, bedeuten, ist z.B. durch Mietpreise in gut angebundenen und/oder zentrumsnahen Stadtteilen zu erkennen.

Es muss mit ersten Schritten begonnen werden, die kurzfristig eine Besserung bedeuten und zeitgleich müssen langfristige Projekte, gerade im Bereich der gebauten Umwelt

umgesetzt werden.

Ich schließe mich der Forderung des Aufrufs für ein 19€ Ticket ab sofort an.

Die 49€ übersteigen schon jetzt das Mobilitätsbudget von Sozialhilfeempfangenden in vielen Fällen, wodurch es das Ziel der Teilhabe ebenso häufig verfehlt. Sollte das Ticket wie erwartet mit der Zeit teurer werden, verstärkt das den Effekt nur. Die Erschließung der Stadtrandbereiche durch U-Bahnen als hingegen langfristige Perspektive muss verstärkt eine Priorität sein, denn nur die Schiene bedeutet zuverlässigen und zügigen ÖPNV.

Die Investitionskosten beider Maßnahmen dürfen nicht als zu hoch und/oder nicht lohnenswert betrachtet werden!

Vielen Dank euch und viel spannende Anstöße im weiteren Verlauf.



Foto: Jamil Jalla

Leonie Corinth, FSR Gesundheitswissenschaften (HAW Hamburg)

Moin, ich bin Leonie und studiere Gesundheitswissenschaften an der HAW.

Im Studium beschäftigen wir uns unter anderem mit der Verteilung von Gesundheit und Krankheit in unserer Bevölkerung und wir schauen uns an, wie Gesundheit entsteht und gefördert werden kann. Außerdem stellen wir uns die Frage wie es eigentlich um die Gesundheit von Studierenden steht.

Paradoxerweise sind Studierende selbst eine sehr vulnerable Bevölkerungsgruppe. Grade vorgestern sind Ergebnisse des TK-Gesundheitsreports veröffentlicht worden, welche zeigen, dass Studierende sich stark belastet fühlen. Jede bzw. jeder Dritte Studierende ist Burn-Out-gefährdet und gibt an, sich emotional erschöpft zu fühlen.

Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar und gilt es zu überwinden! Darum sind wir heute auf der Straße und fordern soziale Verbesserungen jetzt! Denn jede soziale Verbesserung schützt auch die Gesundheit der Studierenden!

Wir fordern Studienbedingungen, unter denen das Studium eine Ressource für die Gesundheit ist. Dazu gehört, dass wir uns auf das Studium konzentrieren können ohne finanzielle Sorgen. Dann bleibt Zeit und Möglichkeit, um sich gesellschaftlich oder an der Hochschule zu engagieren. Das ist unter jetzigen Bedingungen kaum möglich.

Daher brauchen wir ein Studium, welches sich an den notwendigen Kompetenzen und Interessen der Studierenden orientiert, damit Studieren Sinn hat und Spaß macht. Studieren und Studierendengesundheit hat gesellschaftliche Bedeutung und geht somit uns alle etwas an!

Der aktuelle Zustand mit weit verbreiteter Armut unter Studierenden hat aus verschiedenen Gründen Einfluss auf die Gesundheit. Neben finanziellen Sorgen und Zukunftsängsten ist die Möglichkeit an gesellschaftlicher, sozialer und kultureller Teilhabe eingeschränkt.

Das Thema Mobilität ist vor diesem Hintergrund besonders hervorzuheben. Zur Uni zu kommen, sich mit Freunden zu treffen oder in das Theater zu fahren, all dafür benötigt es zuverlässigen und bezahlbaren ÖPNV.

Daher fordern wir ein 19€ Ticket für alle Studierenden und somit finanzielle Entlastung im Semesterbeitrag und die Möglichkeit der Teilhabe für Alle!

Das Ticket ermöglicht uns auch mal aus der Stadt herauszukommen und uns vom Studienalltag zu erholen. Wir können deutschlandweit Freunde und Familie besuchen oder günstig und umweltfreundlich in den Urlaub fahren. Eingeschränkt durch die



Foto: Jamil Jalla

Coronapandemie, war dies in jüngster Vergangenheit nicht möglich. Andere Städte zu erkunden, bedeutet auch über den Tellerrand schauen zu können. Es ermöglicht uns neue Erfahrungen zu machen, den kulturellen

Austausch beim Kennenlernen neuer Menschen, Bildung durch Museums- und Kulturbesuche an anderen Orten und die bundesweite Vernetzung und den Austausch von Studierenden z.B. auf Bundesfachschaftentagungen.

Mobilität ist politisch und das 19€-Ticket ist mit politischem Willen umsetzbar.

Dies zeigen 19€-Sozialtickets für Auszubildende und Schüler:innen. Auch wir benötigen dieses jetzt! Für ein Studium das Gesund macht!

Tom Seiler, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG

Liebe Student*innen, liebe Kolleg*innen,

Solidarität ist das Grundprinzip von Gewerkschaften. Wir glauben: Wenn viele sich zusammenschließen, dann gibt es Verbesserungen, nicht wenn jeder für sich allein kämpft. Ich finde eure Forderung nach einem 19-Euro-Ticket für Studierende gut! Jeder muss gut leben können, dazu gehört Mobilität.

Mobilität ist Daseinsvorsorge, also eine Aufgabe für die öffentliche Hand. Die Verkehrsverbünde müssen soziale Belange im Blick haben. Es muss dafür gesorgt werden, dass jeder sich öffentlichen Nahverkehr leisten kann!

Wir als EVG sind langfristig für einen kostenfreien ÖPNV. Wir wollen, dass jeder die Bahn nehmen und das Auto stehen lassen kann.

Allerdings muss es dafür die Kapazitäten geben! Momentan reicht nicht nur die Infrastruktur nicht aus, sondern es fehlt auch Personal. Kostenfreier ÖPNV wird erst möglich sein, wenn das Personal bei den Eisenbahn- und Verkehrsunternehmen so gut bezahlt wird, dass mehr Menschen sich für einen Job in diesem Bereich entscheiden und auch dabei bleiben.

Aktuell befinden wir uns in einer großen Tarifrunde. Wir haben mit einigen Unternehmen schon Abschlüsse getätigt. Dort bekommen die Kolleg*innen jetzt endlich mehr Geld.



Foto: Jamil Jalla

Gestern haben wir entschieden, im Tarifkonflikt mit der Deutschen Bahn in eine Schlichtung einzutreten. Das bedeutet: Erstmal kein Streik in der Ferienzeit, denn unser Gegner ist der Arbeitgeber, nicht die Fahrgäste. Unser Ziel ist weiterhin eine gute Lohnerhöhung für unsere Mitglieder, besonders für die Beschäftigten mit geringen Einkommen! Deshalb fordern wir nicht wie sonst üblich eine prozentuale Erhöhung, sondern einen Festbetrag: 650 Euro mehr pro Monat für alle, die bei der DB arbeiten.

Unser Slogan in dieser Tarifrunde lautet: Gemeinsam geht mehr! Mehr Geld für die Beschäftigten und ein günstiger öffentlicher Verkehr sind kein Widerspruch! Gesellschaftlich müssen beides wichtige Zielstellungen sein, die Hand in Hand gehen. Es muss von den Auftraggebern, also den Bundesländern und vom deutschen Staat genug Geld zur Verfügung gestellt werden.

Die Kolleg*innen, die jeden Tag dafür sorgen, dass die Bahn fährt, sauber und sicher ist, müssen gut bezahlt werden. Das ist entscheidend, damit Mobilität tatsächlich allen zur Verfügung gestellt werden kann und soziale Gerechtigkeit erreicht wird.

Deshalb: Lasst uns gemeinsam kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle! Vielen Dank!

Joachim Schaller, Rechtsanwalt der Studierendenschaft der Uni Hamburg

Guten Tag,

ich bin Joachim Schaller und arbeite seit 1993 als Rechtsanwalt vor allem für Studierende und solche, die das werden wollen. Dabei bin ich immer wieder mit der Armut vieler Studierenden konfrontiert.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 aus diesem ersten Artikel des Grundgesetzes und dem Sozialstaatsgebot in Artikel 20 GG das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum entwickelt. Dieses gilt für jedermann und ist stets zu gewährleisten.

Dieses Grundrecht erfordert, dass nachvollziehbare Grundlagen für die Festlegung der Bedarfssätze vorhanden sind.

Der Regelbedarf nach dem Sozialgesetzbuch II beträgt 2023 502,00 € plus angemessene Unterkunftskosten. Dabei hat auch die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP daran festgehalten, dass etwa 25 % der Ausgaben nicht regelbedarfsrelevant sein sollen, die empirisch nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der untersten 15 % der Einpersonenhaushalte ermittelt wurden. Das betrifft zum Beispiel Ausgaben für Schnittblumen, Haustiere, Gartengeräte, Küchenuhren, das Essen in Restaurants oder Kantinen, Tabak, alkoholische Getränke oder auch einen Weihnachtsbaum. Das Bundesverfassungsgericht hat diese ab 2011 geltenden Abzüge 2014 nicht beanstandet, sondern als „nach Maßgabe der Gründe derzeit noch vereinbar“ mit dem Grundgesetz erachtet.

Wie sieht es nun mit dem Existenzminimum für Studierende aus?

Nur die, die bei den Eltern wohnen und BAföG bekommen oder beantragt haben oder deren BAföG-Antrag nur wegen Anrechnung von Einkommen oder Vermögen abgelehnt wurde, haben einen Anspruch auf (aufstockendes) Bürgergeld beim Jobcenter. Gleiches gilt für die, die offiziell für ein Teilzeitstudium eingeschrieben sind. Die meisten Studierenden sind aber im Vollzeitstudium und wohnen nicht bei den Eltern und sind deshalb vom Bürgergeld ausgeschlossen.

Sie haben zur Existenzsicherung nur das BAföG, wenn sie dessen Voraussetzungen für eine Ausbildungsförderung erfüllen. Der BAföG-Bedarfssatz beträgt 452,00 €. Davon sollen Lebensunterhalt und Ausbildungskosten finanziert werden. Das sind schon 50,00 € weniger als der Regelbedarf beim Bürgergeld, in dem keine Kosten für ein Studium enthalten sind. Dazu kommt im BAföG ein Unterhaltsbedarf von 360,00 €. Wer in Hamburg kann damit ein Zimmer mieten?

Diese insgesamt 812,00 € BAföG-Höchstsatz sind 118,00 € weniger als die 930,00 €, die für Studierende nach der Düsseldorfer Tabelle als Unterhaltsbedarfssatz anerkannt sind, der 410,00 € für Unterkunft enthält. Und verglichen mit dem steuerlichen Existenzminimum von 909,00 € ist der BAföG-Höchstsatz 97,00 € weniger.

Der BAföG-Bedarfssatz ist seit 1971 nur sehr unregelmäßig und unvollständig angepasst worden. Die Inflation von 1970, dem Jahr vor der Einführung des BAföG, bis 2022 beträgt 386,6 Punkte, der BAföG-Bedarfssatz für Lebensunterhalt und Ausbildungskosten ist von 100 im Jahr 1971 nur auf 294,7 Punkte gestiegen. Die Schere zwischen dem studentischen Existenzminimum und den gesetzlichen Bedarfssätzen ist immer größer geworden.



Foto: Jamil Jalla

Der BAföG-Bedarfssatz ist auch aus Sicht des Bundesverwaltungsgerichts nicht verfassungskonform. Es hat in einem von mir vertretenen Verfahren das Bundesverfassungsgericht angerufen, das nun über die Verfassungswidrigkeit des BAföG-Satzes von 373,00 € entscheiden muss, der 2014/2015 galt und damals seit 2010 nicht erhöht worden war.

Dieser BAföG-Bedarfssatz ist zum Wintersemester 2022/2023 gerade mal um 5,75 Prozent auf 452,00 € erhöht worden. Angesichts der schon vor einem Jahr galoppierenden Inflation war das viel zu wenig. Die Verbraucherpreise im Juni 2023 lagen um 6,4 Prozent über dem Vorjahresmonat, hat das Statistische Bundesamt gestern bekannt gegeben.

Trotzdem plant die Bundesregierung bisher keine Anpassung des BAföG zum Beginn des Wintersemesters 2023/2024. Zum 1. Juli 2023, also ab morgen steigt der Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose über 23 Jahre auf 4 %.

Für selbst krankenversicherte Studierende unter 30 Jahren gibt es im BAföG zusätzlich 122,00 € als Bedarf für Kranken- und Pflegeversicherung. Bei Ansatz des durchschnittlichen Zusatzbeitragsatzes von 1,6 % müssen die meisten Studierenden 128,46 € zahlen. Das sind 6,46 Euro mehr, ohne dass im BAföG eine Anpassung erfolgt.

Für kinderlose Studierende über 30 Jahre sind im BAföG 206,00 € für die Kranken- und Pflegeversicherung vorgesehen. Wegen der Erhöhung der Bezugsgröße Anfang 2023 bestand schon eine Lücke von 9,02 Euro, die sich zum 1. Juli 2023 auf 15,81 Euro vergrößert. Auch diese Differenzen müssen aus dem BAföG-Bedarfssatz von nur 452 Euro finanziert werden. Der Regelbedarf in der Grundsicherung (Bürgergeld) für Alleinstehende beträgt dagegen 502 Euro. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, dass der Bedarf von Studierenden niedriger liegt. Im Gegenteil: Sie müssen aus dem BAföG-Bedarfssatz nicht nur

ihren Lebensunterhalt, sondern auch ihre Ausbildungskosten finanzieren. In den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks, die von der Bundesregierung immer wieder zur Rechtfertigung der BAföG-Bedarfssätze herangezogen werden, werden wesentliche Bedarfspositionen gar nicht abgefragt.

Zum 1. Januar 2024 ist eine Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge beim Zusatzbeitrag um 0,2-0,3 % geplant. Das klingt nach wenig. In der Summe steigt so aber die Verarmung in der Studienphase, wenn nicht schleunigst eine BAföG-Anpassung erfolgt.

Zwar plant das Bundesverfassungsgericht, noch 2023 darüber zu entscheiden, ob die BAföG-Bedarfssätze verfassungswidrig sind. Ich bin davon überzeugt, dass das evident der Fall ist. Die Bundesregierung sieht das anders. Was folgt, wenn das Bundesverfassungsgericht entscheidet, der BAföG-Bedarfssatz ist verfassungswidrig? Es wird dann wahrscheinlich wie beim SGB II und SGB XII ein Geschacher um ein politisch motiviertes Herunterrechnen des ausbildungsbezogenen Existenzminimums geben. Das kann Monate bis Jahre dauern, je nachdem welche Frist das Bundesverfassungsgericht setzt. Dagegen macht es Sinn, für eine umgehende BAföG-Reform auf die Straße zu gehen, um das BAföG krisensicher und existenzsichernd zu gestalten. Von vielen, z.B. der SPD wird gefordert, auch für ein Teilzeitstudium BAföG zu zahlen. Damit würde das letzte Schlupfloch für viele arme Studierende, die mit einem Teilzeitstudium Bürgergeld bekommen können, gestrichen, wenn es beim Leistungsausschluss für Studierende im SGB II und SGB XII bleibt. Auch dieser Leistungsausschluss sollte deshalb endlich gestrichen werden, damit das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle Studierenden gewährleistet wird.



Foto: Tobias Berking

Wenn wir über gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sprechen, vor allem in Krisenzeiten, ist die übliche Frage:

Wer bezahlt und wer wird bezahlt?

30 Jahre Neoliberalismus und alle Einschnitte in unsere gesellschaftliche Teilhabe haben die Idee wiederbelebt, dass diese Frage individuell zu beantworten wäre.

Unter dem Motto „Jeder ist seines Glückes Schmied“ sollen gesellschaftlich schädliche Produktionsverhältnisse und daraus resultierende unfair Verteilung des erarbeiteten Reichtums gerechtfertigt werden: durch Leistungsideologie und die Behauptung der „Eigenverantwortung“.

Das gilt durchaus auch für das Studium. Nur ungefähr 13% der Studierendenschaft bekommen BAföG und darunter nur wenige die volle, aber trotzdem unzureichende und verfassungswidrige Summe. Die seit 1974 immer restriktiveren BAföG-Konterreformen bedeuten elitären Zugang zur Bildung sowie permanenten Leistungs- und Zeitdruck von Eltern, von dem Staat und bei der Arbeit. Bildung wird dadurch belastend für die die leisten können und unmöglich für die die nicht können.

Die Ungleichheit setzt sich durch.

Ständig wird uns eingeredet, dass 3, 4 oder 5 Minijobs oder Sommerjobs normal seien, dass Bescheidenheit und Gehorsam die neue Alternative seien, dass der Mensch nur in Konkurrenz zueinander leben könne.

Jedoch! Die Beendigung von Hunger, Elend und Krieg, die Bekämpfung der ökologischen Krise sind notwendig. Lösungen gibt es nur gemeinsam. Sie erfordern den Wiederaufbau internationaler Kooperation und die Solidarität und Bildung der großen Mehrheit.

Individuelle Anstrengung ist deswegen keinerlei Lösung.

Diesen Widerspruch sollten wir positiv beantworten.

Deshalb kämpfen wir für BAföG für Alle, einschließlich aller internationaler Studierender.
[Bildung ist ein Menschenrecht / Standort]

Ein würdevolles und restriktionsfreies BAföG für Alle ist über die individuelle Finanzierung hinaus, ein Bruch mit dem Zeitgeist des Individualismus.

Der Individualismus ist die subjektive Seite der neoliberalen Standortkonkurrenz, für die die internationalen Studierenden bisher grundsätzlich vom BAföG ausgeschlossen werden und Regelungen gelten, die sicherstellen, dass nur die Bildungselite anderer Länder zum Studieren es hierher schafft.

BAföG für Alle heißt: Als produktiver Teil der Gesellschaft werden Studierende nicht mehr anhand ihrer Leistung aussortiert und gemessen daran finanziert, sondern: jeder bekommt BAföG und jeder hat die Verantwortung und Möglichkeit, die Forschung, Lehre und Bildung so zu gestalten, dass progressiv verteilter Reichtum, kontinuierlich zu einer besseren und wirtschaftlichen nachhaltigen Welt beiträgt.

Von Meritokratie und Konkurrenz zu einem würdevollen Leben!

Von Kriegswirtschaft und Profitgier zur gesellschaftlichen Verantwortung!

Von gesellschaftlichem Druck zu pauken zur emanzipatorischen Wissenschaft!

Für eine bessere Zukunft. Abseits von jeglicher Diskriminierung: Von alle, für Alle!

Who pays and who gets paid?

—that is usually the first question we hear when we discuss the fair distribution of social wealth, especially in times of crisis.

30 years of Neoliberalism and all the sociopolitical incisions that come with it revive the notion that this question is to be answered through individualism.

Under the motto “Every man is the architect of his own fortune”, productive relations that are harmful to society and the unfair distribution of the socially produced wealth therefrom are justified. In particular, this is done via the emphasis on the merit and performance of the individual and the notion of personal responsibility.

Higher learning is not exempt from this. Only 13% of all students receive financing through BAföG, and of these students only a handful of them receive the full, though insufficient and unconstitutional, amount.

Since 1974, the process of placing continuously increasing restrictions on BAföG through counter-reform resulted in progressively more elitist educational restrictions. Additionally, this brought forth a permanent time and performance pressure from parents, the government, and in the workplace. In this way, education becomes psychologically burdensome for those who can afford to study and impossible for those who cannot.

Inequality prevails.

In being forced to think in this way, we are constantly being pushed to believe that having the third, fourth or fifth side-job and summer-job is the norm, that modesty and obedience are a viable alternative, that one can only live in competition with one another.

However, the end to hunger, misery, deprivation and war as well as the fight against looming ecological collapse are of utmost necessity. Solutions to these problems can only

be found together. They require the reconstruction of international cooperation and the solidarity with, and education of, the masses.

Individual efforts are therefore ineffective. They provide no solutions.

This contradiction is one we should tackle proactively.

This is why we fight for a BAföG for everyone, including all international students.

[Education is a human right]

A dignified and freely accessible BAföG for all (BAföG Für Alle) goes beyond individual financing, it is a break with the zeitgeist of individualism.

This Individualism is the subjective component of the neoliberal global competition of location, for which international students were up to this point excluded from BAföG.

Additionally, regulations are in place in order to ensure that only the educational elite of other countries are even capable of making it here in the first place.

BAföG for all therefore means: As productive members of society, students must no longer be weeded out by their performance and financed according to it. Quite the opposite: Everyone must be allowed access to BAföG. Everybody has the responsibility in shaping research, teaching and education in such a way that allows for a progressive distribution of wealth, which continuously contributes to a better and economically sustainable world.

Instead of Meritocracy and Competition, a dignified life!

Instead of war -profiteering and the drive for ever increasing profits, social responsibility!

Instead of social pressure to cram information, emancipatory learning and research!

Instead of meritocracy and competition, a dignified life.

For a better future, free from all forms of discrimination: By everyone, for everyone!

Thomas Thielemann, 1968 in der Studierendenbewegung

Liebe Studierende,

Die Fachschaftsräte der Uni HH und HAW haben mich als ehemaligen Studenten der Hamburger Uni und als damaligen Aktiven im SDS Hamburg gebeten, ein paar Worte zu dieser Kundgebung beizutragen.

Wir, die Genossen im SDS (so nannten wir uns damals untereinander) HH haben uns 50 Jahre später wiedergetroffen und unsere politischen Erfahrungen aus der 68er Zeit auf einer umfangreichen Webseite für die nächste Generation aufgeschrieben. Daraus ist eine fruchtbare Zusammenarbeit mit einigen von euch entstanden, die mich u.a. auch zu diesem heutigen Auftritt geführt hat.

Diese Zusammenarbeit begann vor 3 Jahren mit einem Projekt am PI unter dem Titel „Universität in gesellschaftlicher Verantwortung.“ Das Motto dazu lautete: „Die Universität hat die Verantwortung zur Identifizierung, Formulierung und Erforschung sowie zur Lösung epochaler Schlüsselprobleme (wie z.B. Krieg/Frieden, soziale Ungleichheit, ökologisches Ungleichgewicht) beizutragen.“

30 Studierende aus Erst- und Zweitsemestern des PI fanden sich hoch motiviert zusammen, um einmal außerhalb der Zwangsjacke des verschulten Bachelorstudiums ein selbstbestimmtes, fächerübergreifendes Projekt in Angriff zu nehmen. Daraus ist dann nach drei Semestern ein Film mit dem Titel Aufbruch entstanden, in dem die Studierenden durch eigene Recherchen in Archiven und durch Interviews von Zeitzeugen aus der Studentenbewegung unsere Geschichte von 68 aufgearbeitet haben. Dabei fanden sie viele Anknüpfungspunkte für ihre aktuelle Studiensituation.

Zu meiner Zeit in den Jahren 1967/68/69 fanden wir den unter dem Schlagwort bekannten „Muff von 1000 Jahren unter den Talaren“ vor. Die Allmacht der Professoren drückte sich in Selbstherrlichkeit und Unantastbarkeit der vorgegeben Lehr und Lernformen aus. In vielen Wissenschaftsbereichen war der Positivismus vorherrschend, der auf jedwede politische Theorie verzichtete, sich vielmehr mit der Realität identifizierte und sie rechtfertigte. Gesellschaftskritisches Hinterfragen von Einstellungen und Haltungen des Lehrkörpers und seiner Inhalte war nicht vorgesehen.

Als dann am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg in Berlin bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien erschossen wurde und der Schah einen Tag später mit großem Pomp vom Hamburger Senat empfangen wurde, sind wir aus Empörung auf die Straße gegangen.

Der Schah von Persien war 1953 mit einer Million Dollar des CIA und des britischen Geheimdienstes M16 an die Macht geputscht worden. Der dabei gestürzte Premierminister Mossadegh hatte zuvor die britische Ölgesellschaft Anglo Iranian Oil Company verstaatlicht und wollte den iranischen Anteil an den Öleinnahmen verdoppeln.

Bei der Demonstration wurden wir von der Polizei und von den Prügelpersern des iranischen Geheimdienstes mit Gummiknüppeln und langen Holzstangen von der Straße gejagt. Diese Erfahrung bildete für mich und viele andere eine Initialzündung. Sie war das Fanal für das Erwachen und den Aufbruch in die außerparlamentarische Opposition.

Es gibt bei den alten Griechen den Begriff Kairos: Das ist der Augenblick, den es zu ergreifen gilt. Die Gelegenheit beim Schopf packen. Geistesgegenwärtig sein. Wir begannen auf einmal alles, was uns umgab, kritisch zu hinterfragen und entwickelten Mut zu Handlungen, die Veränderungen nach sich zogen.

- Uns empörte der imperiale Krieg der amerikanischen Regierung in Vietnam,
- die Notstandsgesetze,
- die Leugnung und das Verschweigen der Nazivergangenheit durch einzelne Professoren,
- wir lehnten den Einfluss der Bundeswehr auf die Uni ab,
- wir ermächtigen uns selbst, in dem wir für zwei Semester eine Gegenuniversität (die kritische Universität) mit eigenen Lernveranstaltungen organisierten.
- Wir deckten die kolonialistische Vergangenheit der Hamburger Universität auf und stürzten das Kolonialdenkmal von Hermann Wissmann vor dem alten Unigebäude vom Sockel.
- Wir gingen in Vorlesungen und stellten Naziprofessoren öffentlich zu ihrer Vergangenheit zur Rede.
- Gleichzeitig begannen wir mit dem Studium des Kapitals von Karl Marx. Wir begannen zu verstehen, welche Wirkmechanismen und Gesetzmäßigkeiten unter der gesellschaftlichen Oberfläche am Werk waren.



Foto: Jamil Jalla

Der Kapitalismus war auf einmal nicht mehr nur das Narrativ der alle Widersprüche versöhnenden sozialen Marktwirtschaft und der damit verbundenen Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit. Vielmehr zeigte er durch Krisen, Aufrüstung, Unterstützung faschistischer Systeme z.B. Portugal, dass es um Einfluss, Macht und wachstumsgetriebene Kapital-Verwertung ging. Die Vorstellung einer heilen Welt unter dem Schutz des großen Bruders zerbrach.

Heute ist der wachstumsgetriebene Kapitalismus geprägt durch Automatisierung, KI, immer weitere geografische Ausdehnung der Märkte, durch die Finanzialisierung des Kapitals auf den Finanzmärkten und durch Kriege.

Die Folgen sind immer größere Instabilitäten sowie wachsende Widersprüche in anderen Bereichen. Die Ungleichheit steigt, die Aufheizung des Klimas und die

Umweltverschmutzung wird größer und damit verbunden ein immer höherer CO₂-Ausstoß. Die Krise des Kapitalismus verstärkt sich über die Krise der Umwelt noch weiter.

Die gegenwärtige Lage an den Universitäten ist darauf ausgerichtet im Schnellverfahren Nachschub für die wachstumsgetriebenen Akkumulationsbedürfnisse kapitalistischer Produktion zu generieren. Der Zwangsrahmen von Bachelor und Master, die hohen Mietkosten, mangelnder Wohnraum, Inflation zwingt die meisten von euch dazu, neben dem Studium arbeiten zu müssen. Die späteren Berufsaussichten sehen für viele Studienbereiche düster aus.

In dieser Situation macht es Sinn, sich an die Zeit der 68er zu erinnern:

- Es geht um die kritische Sicht auf die bestehenden Verhältnisse,
- Wir müssen eine Praxis in der sozialen Auseinandersetzung und in der gleichzeitigen Selbstreflexion entwickeln
- Wir brauchen gesellschaftliches Engagement- innerhalb und außerhalb der Universität, Das sollte in interdisziplinärer Zusammenarbeit erfolgen, bei der eine Einheit von Theorie und Praxis vorherrscht.

Heute stehen wir vor einer ganz anderen Art von Zeitenwende als die von Herrn Scholz im Februar 2022 propagierte:

Wir befinden uns im Übergang ins Anthropozän, dem Beginn eines Zeitalters, in dem die Menschheit die Erde stärker verändert als alle Kräfte der Natur zusammen.

Einer Epoche, in der die Menschengesellschaften an die planetarischen Belastungsgrenzen stoßen.

Kapitalistische Märkte sehen keinen eingebauten Mechanismus vor, die ökologischen Kollateralschäden zu berücksichtigen.

Seit der Studie „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome vor 50 Jahren wissen wir: So wie es ist, kann es nicht weitergehen. Es steht ein Rückzug an. Ein Rückzug aus unhaltbaren Positionen. Beschränkung statt Fortschritt, Maßhalten statt Steigern.

Wir sollten den Kairos, die Gelegenheit beim Schopf packen. Geistesgegenwärtig sein. Uns in eine Situation stellen – ebenso geistig wie körperlich. Denn das Wort Gegenwart bedeutet ja ursprünglich: dem Gegner in einem Prozess gegenüberstehen. Ihm widerstehen. So, wie es die letzte Generation vormacht: Auf den Straßen und Plätzen, in einem Wald, der dem Fortschritt weichen soll, vor einer Fabrik, die geschlossen werden soll.....

Statt 100 Milliarden Sondervermögen für militärische Aufrüstung brauchen wir 100 Milliarden für einen Bildungs-Wumms. Wir brauchen eine Bewegung des „revolutionären Humanismus“, in der Postwachstum, ökologisches Denken, gebrauchorientiertes Wirtschaften, nichtentfremdetes Arbeiten und demokratische Kontrolle im Zentrum stehen.

Brief aus der Vertreterversammlung des Hamburger Studierendenwerks an den Senat

Vorgetragen von Selina Iglesias aus dem Projektstudium „Uni in gesellschaftlicher Verantwortung“ an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Uni Hamburg:

*„Sehr geehrte Senatorin,
liebe Frau Fegebank,
sehr geehrte Staatsrätin,
liebe Frau Gümbel,*

ich wende mich an Sie in meiner Rolle als Vorsitzende der Vertreterversammlung des Studierendenwerks.

Im Mai wurden die Ergebnisse der durch das DZHW unter Beteiligung des Deutschen Studierendenwerks durchgeführten Studierendenbefragung in Deutschland vorgestellt. Die Ergebnisse der 22. Sozialerhebung wurden bundesweit diskutiert.

Die Zusammenfassung der Erhebung hebt folgende Entwicklungen besonders hervor:

- *Zwar sind die durchschnittlichen Gesamteinnahmen der Studierenden seit 2016 gestiegen, jedoch zeigt sich eine immer größer werdende Einkommensschere.*
- *Studierende geben im Durchschnitt 45% ihres Einkommens für die Warmmiete aus, 22% für Nahrung (verglichen mit 26% bzw. 12% in der Gesamtbevölkerung). Das bedeutet einerseits, dass Studierenden im Vergleich weniger finanzielle Mittel für Freizeit, Kultur etc. zur Verfügung stehen, andererseits aber auch, dass die tatsächliche Inflation seit 2022 Studierende deutlich höher treffen dürfte als die Gesamtbevölkerung.*
- *Gleichzeitig beziehen weiterhin sehr wenig, nämlich nur 13% der Studierenden BAföG.*
- *Über 50% der Studierenden essen mindestens einmal pro Woche in einer Mensa oder Cafeteria und sind mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis zum Befragungszeitpunkt 2021 überwiegend zufrieden (73%).*
- *Mehr als die Hälfte der Studierenden berichtet von Schwierigkeiten beim Finden von bezahlbarem Wohnraum.*
- *Studierenden ging es zudem 2021 gesundheitlich deutlich schlechter als noch 2016, insbesondere der Anteil der Studierenden mit psychischen Erkrankungen hat zugenommen (auf 65%).*
- *85% der Studierenden geben weiterhin an, dass sie einen Beratungsbedarf haben.*

Die mit der Studie vorliegenden Erkenntnisse basieren auf Daten aus 2021, es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die prekären Lebensbedingungen vieler Studierender auch weiterhin zugespitzt haben. Mit Blick auf die Hamburger Situation sind die Ergebnisse besonders kritisch, da die Lebenshaltungskosten in den Metropolen überdurchschnittlich hoch sind und es für viele Studierende großer Anstrengungen bedarf, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

So kostet ein WG-Zimmer in Hamburg im Durchschnitt 570 EUR (studis-online.de, Stand 25.05.2023), ein Zimmer in einem Studierendenwohnheim durchschnittlich 327 EUR (bei

einer Preisspanne von 252 EUR in einer Flurgemeinschaft bis 441 EUR in einem Einzelapartment).

Diese Entwicklung ist aus Sicht der Vertreterversammlung besorgniserregend, da hierdurch nicht nur der Anspruch des/der Einzelnen auf Bildungsgerechtigkeit in Frage gestellt wird, sondern für den Hochschulstandort Hamburg insgesamt Probleme aufgeworfen werden. Bundesweit ist ein deutlicher Rückgang an Studienbewerber/innen beobachtbar. Es ist davon auszugehen, dass zukünftig die Miet- und Lebenshaltungskosten bei der Auswahl des Studienortes eine zunehmend wichtige Rolle spielen werden. Sollte der aktuellen Entwicklung in Hamburg nicht gegengesteuert werden, kann dies zu einem gravierenden Nachteil für die FHH im Werben um Studierende sowie in der Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts werden.

Die Vertreterversammlung des Studierendenwerks hat sich intensiv zu Lösungsoptionen ausgetauscht. Während etwa Fragen des BAföG-Zugangs auf Bundesebene erörtert werden müssen, erscheint uns mit Blick auf die Hamburger Situation vor allem die Stärkung des Studierendenwerks als entscheidende Maßnahme zur Bewältigung der sozialen Herausforderungen.

Der seitens der FHH zugesagte Defizitausgleich für die Jahre 2023 und 2024 war bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Das Instrument des Defizitausgleichs ermöglicht eine flexible Reaktion auf die aktuell unvorhersehbare Preisentwicklung (etwa in den Bereichen Bau, Einkauf, Energie etc.). Allerdings löst diese Maßnahme nicht das Problem der strukturellen Unterfinanzierung des Studierendenwerks, da sie keine zufriedenstellende Planungssicherheit bietet. Gerne würden wir darum mit Ihnen ins Gespräch kommen, um uns zu den bestehenden und zukünftigen Bedarfen insbesondere in den Bereichen Wohnen und Mensen auszutauschen und gemeinsam zu überlegen, wie eine nachhaltige und auskömmliche Unterstützung des Studierendenwerks aussehen kann.

Zu diesem Zweck möchten wir Sie gerne zu einer außerordentlichen Vertreterversammlung am 04. September 2023 von 9-11 Uhr (Von-Melle-Park 2, Konferenzraum 1) einladen und würden uns sehr freuen, Sie in unserem Kreise begrüßen zu dürfen!

Mit freundlichen Grüßen,
Prof. Dr. Susanne Rupp
Vizepräsidentin für Studium und Lehre“



Foto: Jamil Jalla

Marie Panten & Thea Beyrich, Heimrätekonferenz des Hamburger Studierendenwerks

Hallo zusammen, wir wollen euch heute von den aktuellen Kämpfen um die Ausfinanzierung des Studierendenwerks berichten, warum wir diese unternehmen, und euch einladen dabei mitzumischen. An einem gemeinsamen Blick in die Geschichte wird deutlich, welche enorme Bedeutung das Studierendenwerk hat, aber auch, dass wir nicht die ersten Studierenden sind, die sich dort einmischen: Um den Zerstörungen durch den ersten Weltkrieg und der daraus folgenden sozialen Not etwas entgegenzusetzen, gründeten 1922 Studierende zusammen mit Lehrenden der noch jungen Universität Hamburg die sogenannte Studentenhilfe – den ersten Vorläufer unseres Studierendenwerks. Die Studentenhilfe war Teil des demokratischen Aufbruchs der Weimarer Republik und setzte sich zum Ziel, für soziale Gleichheit zu wirken und so dabei zu unterstützen, jeder und jedem ein Studium zu ermöglichen. Diese Ambitionen wurden von den faschistischen Teilen der Universität heftig bekämpft. So schaltete sich auch die Studentenhilfe 1933 selbst gleich. Nach der Befreiung vom Faschismus gründete sich das Studierendenwerk neu und wurde 1949 zu einem Verein.

Die Studierendenbewegung rund um 1968 machte auch vor dem Studierendenwerk keinen Halt denn auch damals gab es erheblichen Verbesserungsbedarf. 1969 rief der damalige AStA zu einem mehrtägigen Mensastreik auf, um höhere staatliche Zuschüsse zu erstreiten. Zwei Jahre später wurde ein sechsmonatiger Mietstreik für den Bau neuer Wohnanlagen und gegen Mieterhöhungen geführt. Mit diesen Kämpfen gingen auch die Demokratisierungen der Strukturen im Studierendenwerk und seinen Wohnanlagen einher. Zu diesen Strukturen gehören auch die Heimräte, also die gewählten Selbstverwaltungen der Wohnanlagen, in denen wir heute aktiv sind. Als Heimräte haben wir während der Corona-Pandemie die Heimräte-Konferenz als zusätzlichen Beratungsort gegründet.

Dort diskutieren wir, wie wir das Studierendenwerk gemeinsam gestalten wollen. Das ist auch der Grund, warum wir heute hier stehen.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Mieten in den Wohnheimen des Studierendenwerks verdoppelt, weit mehr als auf dem privaten Wohnungsmarkt. Allein im letzten Jahr haben wir gleich zwei Mieterhöhungen erhalten. Dadurch ist die Miete in mehr als der Hälfte der Zimmer im Studierendenwerk höher als der im BAföG vorgesehene Satz. Und dass die Mensapreise gestiegen sind, muss ich hier glaube ich niemanden erzählen, das merken wir tagtäglich. Und dass die Mensapreise gestiegen sind, muss ich hier glaube ich keinem erzählen, das merken wir alle tagtäglich. Doch wie kann das eigentlich sein? Wir alle bezahlen jedes Semester über den Semesterbeitrag Geld an das Studierendenwerk. Schon das allein sind etwa fünf Millionen Euro jährlich. Die Antwort darauf ist in der politischen Geschichte der Stadt Hamburg zu finden. Anfang der 2000er Jahre wurden die finanziellen Mittel des Studierendenwerks durch den CDU-FDP-Schill Senat vollständig gestrichen. Im darauffolgenden Rot-Grünen Senat erfolgte wegen der Schuldenbremse nur ein Aufbau der Finanzen um die Hälfte des Vor-Kürzungs-Niveau. Damit das Studierendenwerk weiter wirtschaftlich arbeiten kann werden immer mehr Kosten auf die Studierenden abgewälzt. Denn der Senat verlangt, dass das Studierendenwerk eine schwarze Null in der Bilanz hält. Durch die anhaltende Inflation ist dies nicht möglich. Dennoch erhält das Studierendenwerk

aktuell nur etwa 1.900.000,00€ (1,9 Millionen) im Jahr aus öffentlichen Geldern, das entspricht etwa 0,001351% des Gesamthaushalts der Stadt Hamburg.

Das Studierendenwerk braucht deutlich höhere öffentliche Zuschüsse pro Jahr, um die Preise nicht weiter erhöhen oder Cafés schließen zu müssen. Eine dauerhafte Lösung dafür gibt es bislang nicht. Als Interimslösung haben wir aber schon einen Meilenstein erkämpft! Letztes Jahr haben wir einen inflationsbereinigten Defizitausgleich für die Jahre 2023 und 2024 erstritten, damit Essen und Mieten nicht zulasten der Studierenden noch teurer werden. Dieser Defizitausgleich hat allerdings einen Haken. Das Studierendenwerk soll alle Sparmöglichkeiten ausnutzen. So wurden beispielsweise die Fahrtkostenzuschüsse der Beschäftigten gestrichen.



Foto: Jamil Jalla

Als Heimrätekonzferenz sind wir nach und nach zu dem Schluss gekommen, dass es nicht zum Ziel führt, vom Studierendenwerk günstigere Mieten, günstigeres Essen und mehr Beratungsangebote zu fordern. Dafür fehlen dem Studierendenwerk selbst die Mittel. Wir müssen das Problem grundlegender angehen und unsere Forderungen an den Hamburger Senat richten. Dafür haben wir eine Petition gestartet, die stadtweite Verbreitung finden soll.

Wir haben die Petition als Heimrätekonzferenz geschrieben, damit das Studierendenwerk seiner Aufgabe nachkommen kann zur sozialen Öffnung der Universitäten und zur Bildungsgerechtigkeit beizutragen, indem es die sozialen Voraussetzungen für Studium, wissenschaftliche Arbeit und Zusammenleben schafft. Das gilt im Besonderen auch für die Wohnheime des Studierendenwerks. Forschung und Wissenschaft sind zentral dafür,

Lösungen auf die drängenden Fragen unserer Zeit – Klimakrise, Krieg, Hunger und Armut – zu erarbeiten und umzusetzen. Damit wirkt das Studierendenwerk wiederum entscheidend für die gesellschaftliche Wohlfahrt in der Welt.

Das Studierendenwerk wirkt so für Emanzipation durch Bildung für alle. Dafür benötigt es eine bedarfsgerechte und dauerhafte Ausfinanzierung. Nur durch massive Investitionen in den Ausbau der baulichen, inhaltlichen und personellen Strukturen ist dieses Ziel zu erreichen. Beispielsweise leben aktuell nur etwa fünf Prozent aller Studierenden in Wohnheimen. Währenddessen hat das Deutsche Studentenwerk schon 1958 im Düsseldorfer Wohnheimplan 30 Prozent zum Ziel erklärt. Also braucht es deutlich mehr und günstigere Wohnheime, aber auch mehr Personal, längere Mensaöffnungszeiten und günstigeres Mensaessen sowie einen Ausbau der Sozialberatung.

Insbesondere die Wohnanlagen des Studierendenwerks sind, wie auch die Geschichte gezeigt hat, als Förderstätte für Demokratie und interkulturelles Verständnis eine wichtige gesellschaftliche Institution. Mit ihnen haben wir gesellschaftliche Bedingungen, in denen wir uns kooperativ und auf Augenhöhe auf unsere gemeinsamen Interessen verständigen und für diese einsetzen können. So entwickeln wir uns zu politischen, demokratischen und gesellschaftlich verantwortlichen Persönlichkeiten.

Dafür sind die Gemeinschaftsräume als Orte des kulturellen und gemeinschaftlichen Zusammenlebens wesentlich. Anders als bisher dürfen sie nicht zur Sicherung der Finanzierung zu Wohnheimplätzen umgebaut werden. Vielmehr muss ein Ausbau von beidem stattfinden.

Deshalb fordern wir eine dauerhaft bedarfsgerechte Finanzierung des Studierendenwerks durch den Hamburger Senat, nicht durch die Studierenden.

Wir wollen nicht nur die Abwehr von Verschlechterungen, sondern echte, nachhaltige Verbesserungen. Damit uns die Ausfinanzierung des Studierendenwerks für die genannten Punkte gelingt, benötigt es eine erweiterte Initiative aus der Studierendenschaft. Dafür wollen wir heute mit euch weiter streiten.

Ver.di-Betriebsgruppe des Hamburger Studierendenwerks



Foto: Tobias Berking

Liebe Studierende, wir von der Ver.di-Betriebsgruppe des Studierendenwerks schicken euch unsere Grüße und stehen hinter euch und euren Forderungen.

In diesem Jahr kämpften wir in der Tarifrunde Öffentlicher Dienst für eine Verbesserung unserer Löhne und konnten einen gar nicht so schlechten Tarifvertrag abschließen. Ohne viele Streiks wäre dieses Ergebnis nicht so geworden, wie es ist und bringt zumindest für uns als Beschäftigte ein gutes Lohnplus für die nächsten 2 Jahre. Dies gelang uns aber nur, weil wir dafür kämpften und viel Unterstützung erhielten.

Auch wir als Beschäftigte des Studierendenwerks brauchen ein ausfinanziertes Studierendenwerk, um Studierenden das Leben zu erleichtern.

Wir wollen gutes Essen möglichst preiswert anbieten und sind selber schockiert, wie die Mensa-Preise sich erhöht haben, die immer noch Auswirkungen der Corona-Pandemie sind, die uns als Studierendenwerk schwer getroffen hat.

Wir wollen eure Bafög-Anträge schnell und zeitnah bearbeiten können, doch auch dafür benötigen wir mehr Personal und da fehlt das Geld.

Wir wollen euch mehr günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen, in einer Stadt, in der die Mieten explodieren und nur mit Bafög kaum oder gar nicht zu stemmen ist.

Wir sehen die Probleme in einer reichen Stadt und fordern den Senat auf entsprechende Gelder unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

Gebt euren Kampf nicht auf, das, was ihr tut ist wichtig und richtig!

Elias Gläsner, Kampagne International solidarisch: Schluss mit Austerität!



Foto: Tobias Berking

Liebe Kommiliton:innen, liebe Hamburger:innen und Hamburger,
Wenn wir hier heute für die Verbesserung der sozialen Lage von Studierenden kämpfen, dann tun wir das, weil wir für die prinzipielle Überwindung von Not, Mangel und Elend kämpfen.

Die gesamte Gesellschaft braucht dringend Heilung, nach Jahrzehnten der Vergiftung mit neoliberalen Dogmen. Ein wesentliches dieser Dogmen ist das sogenannte Leistungsprinzip, das da lautet: erst unter Mangel – also unter ungleichen bzw. konkurrenzgeleiteten Bedingungen – zeige sich, wer am besten ist.

Der absichtsvolle Irrtum dieses folgenschwer verbreiteten Gedankens zeigt sich, wenn man den hohlen Superlativ des „Besten“ näher auf seinen Inhalt befragt. Denn der Mangel begünstigt einen bestimmten Besten. Er begünstigt denjenigen, der sich am besten an die Mangelbedingungen anzupassen weiß - und sie damit reproduziert. Er begünstigt eben nicht den Klügsten, den Empathischsten, den Kreativsten, den Anspruchsvollsten, Freundlichsten oder Solidarischsten. Diese zeichnen sich unter Mangelbedingungen ja gerade dadurch aus, dass sie den Mangel selbst in Frage stellen und nach seiner Überwindung trachten.

Indem jedoch der Mangelzustand zum Naturgesetz erklärt wird, wird eine individuelle Verwertungstauglichkeit zu „Leistung“ umdeklariert und die überindividuell sinnvollen, produktiven Qualitäten menschlichen Wirkens zu leistungsunwilligem Egoismus.

Das ist der Wesenskern, warum es bis heute in einer der reichsten Gesellschaften weltweit noch immer kein BAföG für Alle, keine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung, keinen kostenfreien ÖPNV, keinen bezahlbaren Wohnraum oder auch nur ein ausfinanziertes Studierendenwerk gibt.

Die tagtägliche Verletzung der Menschenwürde besteht jedoch nicht nur darin, dass vielen eine gesicherte Existenzgrundlage verwehrt wird, die eigentlich einen Anspruch darauf

haben. Die entscheidende Verletzung der Menschenwürde besteht gerade darin, dass wir unter lediglich behaupteten Mangelbedingungen einander in dem steten Misstrauen begegnen sollen, ob es dem anderen nicht besser geht, als er es verdient hätte – obwohl die Welt längst reich genug ist, um allen ein produktives, erfreuliches, sinnerfülltes und würdevolles Dasein zu ermöglichen.

Die Behauptung eines objektiven materiellen Mangels ist also eine dauerhafte kulturelle Erziehungsmaßnahme. Sie nützt gerade denjenigen Wenigen, die von dem politisch hergestellten, tatsächlichen Mangel der Vielen profitieren.

Ich will hier nicht all die bekannten Zahlen wiederholen von den Krisengewinnlern und ihren explodierenden Profiten. Nur eine: 3 Milliarden. Das ist die Dividende, also die reine zusätzliche Gewinnausschüttung, die sich Stefan Quandt und Susanne Klatten, die beiden Hauptanteilseigner des BMW-Konzerns, allein aus ihrem Aktienbesitz im letzten Jahr gegönnt haben. Dieser Firmenbesitz kommt aus dem Familienvermögen der Quandts, das im deutschen Faschismus durch Krieg und Zwangsarbeit geschaffen und den heutigen Nachfahren vererbt wurde.

Wer also ernsthaft etwas gegen leistungsloses Einkommen, gegen die vorteilsnahmeorientierte Inanspruchnahme kostenfreier öffentlicher Infrastruktur oder die Belastung der Staatshaushalte zu volkswirtschaftlich unproduktiven Zwecken unternehmen möchte, der sollte zu allererst für Kapitalertrags- und Erbschaftssteuersätze von 100% kämpfen. Allein aus dieser einen Jahresdividende zweier Anteilseigner eines einzigen DAX-Konzerns ließe sich allen Studierenden ein Monatsbafög von 1000€ bezahlen!

Wenn wir also für eine Überwindung des interessiert hergestellten, materiellen Mangels bei den Vielen kämpfen, dann haben wir auch den hergestellten Mangel an kritischem Selbstbewusstsein und gesellschaftsverändernder Fantasie zu bekämpfen.

Ich weiß nicht, wie viele von Euch sich tatsächlich eine Gesellschaft vorstellen können, in der niemand darum fürchten muss, kein Dach über dem Kopf zu haben, niemand darum fürchten muss, keine höhere Bildung und Kultur genießen zu dürfen, keine Gesundheitsversorgung zu erhalten oder keine Arbeit zu finden, in der also niemand dazu genötigt ist, sich stetig bis ins hohe Alter individuell darum zu sorgen, wie er einigermassen über die Runden kommt?

Eine solche Gesellschaft ist keine traumtänzerische Utopie. Sie ist schon einmal errungen gewesen. Es ist noch gar nicht so lange her. Ich bin noch in einer solchen Gesellschaft zur Welt gekommen. Ihre humanen Vorzüge bestanden nicht einfach darin, allen ein sorgloses Leben zu garantieren. Sie bestanden – trotz aller Geburtsfehler und verpassten Möglichkeiten der Entwicklung – gerade darin, durch die gesellschaftliche Überwindung existenziell-individueller Notlagen die Grundlage dafür geschaffen zu haben, dass der Mensch dem Menschen prinzipiell und alltäglich als anregende Bereicherung, als Freund und Mitstreiter begegnen kann.

Nun stellt Euch unter den heutigen materiellen Bedingungen eine solche Gesellschaft ohne ihre Geburtsfehler und unter tatsächlicher Realisierung der in ihr angelegten, menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten vor! Ich gebe zu, das ist gar nicht einfach vorzustellen. Aber

gerade das ist wohl der beste Grund, heute für die grundlegende Überwindung von sozialen Bedrängungen aller Art engagiert zu streiten.

Die aktuelle, tiefe gesellschaftliche Krise beinhaltet immense Möglichkeiten für eine prinzipielle Kehrtwende hin zu einer solidarischen Entwicklung. Es kommt auf uns an, sie wahrzunehmen und zu wahrzumachen.

Nur ein winziges Schlaglicht: Als Medizinstudierende haben wir nach jahrelangem Kampf vor zwei Wochen endlich durchgesetzt, dass am UKE zukünftig jeder Studierende im Praktischen Jahr eine monatliche Aufwandsentschädigung von 400€ erhält. Das ist materiell kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aber es kann zugleich den Beginn eines fundamentalen Paradigmenwechsels bedeuten, wenn selbst Mediziner und Personalcontroller anfangen müssen zu begreifen, dass Lernen eine gesellschaftlich produktive Tätigkeit ist.

Wir kämpfen also auch für ein neues gesellschaftliches Alltagsbewusstsein, dass sich am treffendsten mit einem Gedanken Bertolt Brechts auf den Begriff bringen lässt:

Erst wenn die Gleichheit der Bedingungen geschaffen ist, kann von Ungleichheit gesprochen werden. Erst wenn die Füße aller gleich hoch stehen, kann entschieden werden, wer höher ragt als andere.

Ich bin sehr gewiss, dass wir mit der heutigen Demonstration gemeinsam einen enormen Schritt in diese Richtung getan haben und freue mich schon jetzt auf den nächsten.



Foto: Jamil Jalla